

SPD-Landesparteitag in Mittenwalde, 18.03.2000

Rede des

Ministerpräsidenten Dr. Manfred Stolpe

- Es gilt das gesprochene Wort -

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Bürgerinnen und Bürger Brandenburgs haben uns am 05. September wieder zur stärksten politischen Kraft im Land gemacht.

Wir erhielten den Auftrag zur Regierungsbildung.

Aber - wir brauchten einen Koalitionspartner und wir haben uns für die CDU entschieden.

Das entsprach dem Mehrheitswillen der Bevölkerung - die von uns erwartet, dass wir gute Regierungsarbeit leisten.

Meine Aufgabe besteht darin, für das Funktionieren dieser Regierung zu sorgen, und in ihr sozialdemokratische Politik umsetzen zu helfen.

Ich stehe für Kontinuität dieser Politik!

Aber sie muss in einer Koalition verwirklicht werden - in der zwei Parteien zusammenwirken, die auf der Bundesebene seit Jahrzehnten in zum Teil erbitterten Streit stehen und die in Brandenburg neun Jahre über lange Strecken harte Auseinandersetzungen führten. Der Kampf gegen uns wurde häufig unter der Gürtellinie geführt.

Das hat Wunden geschlagen, die nachwirken. Und Misstrauen wirkt bis heute. Auf beiden Seiten.

Die politischen Unterschiede sind erheblich!

Ich nenne nur:

- die Meinung zur Arbeitsförderung
- das Verständnis von Mutterschaft und Beruf oder den Status des Religionsunterrichtes.

Trotzdem sind wir gemeinsam angetreten, um Brandenburg im Interesse der Menschen voranzubringen.

Die Regierung arbeitet nicht schlecht, aber es bleiben zwei unterschiedliche Parteien. Und es muss eine erkennbare Sozialdemokratie in Brandenburg geben! Deshalb kann es keine Friedhofsruhe in dieser Koalition geben.

Streit in der Sache muss sein.

Dauerstreit, Streit als Profilierungschance oder persönliche Verletzungen könnten allerdings die Koalition erschüttern.

Diese Gefahr besteht bisher nicht. Aber es liegt auf der Hand, dass diese Koalitionsregierung sensibel gesteuert werden muss.

Der sozialdemokratische Ministerpräsident wird seine politischen Ziele nicht außer Acht lassen, aber er soll die Regierung arbeitsfähig halten und sollte nur bei grundsätzlichen Fragen den öffentlichen Streit aufnehmen.

Die Brandenburger SPD wird von Anbeginn im Team geführt. Auch jetzt. Parteivorsitzender, Fraktionsvorsitzender und Ministerpräsident haben unterschiedliche Rollen, aber wirken eng zusammen. Das konnte gerade in diesem Monat deutlich werden.

- Das hat sich bewährt.
- Das macht uns stark.
- Das sollte so bleiben.

Das wird helfen, sozialdemokratisches Profil zu zeigen und das sozialdemokratische Profil - liebe Genossinnen und Genossen - brauchen wir mehr denn je: auch wegen dieser Koalition.

Vor allem aber, weil wir unser Herzstück - soziale Gerechtigkeit und Solidarität nicht aufgeben werden, auch unter den Herausforderungen

- der technologischen Revolution durch die EDV
- des weltweiten Konkurrenzkampfes
- und der Nachwirkungen des Transformationsprozesses.

Das sind drei große Gefährdungen des sozialen Zusammenhaltens! Wir stehen in einer Zeitenwende in der vieles gefährdet ist

Aber gerade jetzt kommt es auf die Werte an und es muss der Blick nach vorn gerichtet werden. Unsere sozialdemokratischen Grundwerte der Gerechtigkeit, der Chancengleichheit und Freiheit, der Solidarität und sozialen Verantwortung müssen auch in Zukunft unser Handeln bestimmen!

Unsere Zukunftskommissionen haben in drei Positionspapieren Fragen und Antworten zur „Sozialen Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert“, zur „Zukunftsregion Brandenburg“ und zur „Bildungsoffensive Brandenburg“ aufgezeigt.

Zusammen mit der Bundesregierung müssen wir die Sozialsysteme anpassen, damit Initiative und Kreativität gefördert und neue Spielräume geöffnet werden:

Wir brauchen kompetente und gut ausgebildete Arbeitnehmer, erfolgreich Weiterqualifizierte und Ungeschulte, die Willens und bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und nicht vom Arbeitsprozess ferngehalten werden. Wichtig ist dabei, schon unseren Schülerinnen und Schülern gute Startbedingungen ins Informationszeitalter zu ermöglichen: Wir wollen deshalb das erste ostdeutsche Land sein, in dem alle Schulen

über einen Zugang zum Internet verfügen. Grundlage dafür ist vor allem moderne Schulpolitik, die Schüler frühzeitig an die neuen Herausforderungen heranführt. Diese Erwartungen, die Schüler und Eltern, Wirtschaft und Gesellschaft an ein modernes Qualifizierungs- und Bildungswesen richten, greifen wir Sozialdemokraten in Brandenburg auf. Einen hohen Stellenwert als Bildungsfraktion haben bei uns die Kindertagesstätten. Sie werden auch weiterhin in hoher Qualität dem Wohl des Kindes dienen. Und die Arbeits- bzw. Ausbildungsverhältnisse der Mütter gewährleisten.

Der drastische Geburtenrückgang zwingt allerdings zu strukturellen Veränderungen. Doch wichtiger als dabei frei werdende Mittel bleibt die Sicherung eines bedarfsgerechten Anspruchs auf Betreuung der Kinder bis zum 12. Lebensjahr.

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir müssen ein positives Image für unternehmerische Selbständigkeit und Initiative schaffen. Kleine Unternehmen müssen leichter zu gründen sein und eine Chance zum Überleben haben.

Brandenburg braucht junge Ideen und junge Unternehmen. Brandenburg muss Anziehungskraft entwickeln! Nach innen und nach außen!

Im Positionspapier „Zukunftsregion Brandenburg“ haben wir die Chancen Brandenburgs als Teil der Hauptstadtregion und als Scharnier zwischen West- und Osteuropa aufgezeigt. Mit der EU-Erweiterung werden sich für Brandenburgs Wirtschaft ganz neue Möglichkeiten eröffnen.

Darüber hinaus wollen wir Gemeinsinn für lebenswerte Städte und Gemeinden fördern, um damit Arbeit zu schaffen und unser Wohnumfeld sicherer und damit lebenswerter zu machen.

Denn leistungsfähige Kommunen sind das Rückgrat für ein starkes Brandenburg.

Die Kommunalstruktur aus den Aufbaujahren müssen wir so gestalten, dass die Bürger weiter in ihren vertrauten Kommunen leben und sich auf eine bürgerorientierte und leistungsstarke Verwaltung verlassen können.

Kriminalität war und ist ein zentrales Thema in einem Transitland: Sicherheit auf den Straßen verstehen wir als Bürgerrecht. Für uns Sozialdemokraten bleibt dabei klar, dass wir Straftaten nicht nur durch Strafverfolgung begegnen wollen, sondern auch die Ursachen angehen müssen.

Um dies und vieles andere realisieren zu können, haben wir die Höhe der Staatsausgaben auf Verantwortbares anzupassen: Wir müssen uns Handlungsmöglichkeiten erhalten und Freiräume für Reformen schaffen.

Finanzkonsolidierung ist eine nackte Überlegensfrage, um die Zukunft zu erreichen!

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir sind die moderne Volkspartei, die nicht nur von Innovation redet, sondern moderne Politik für breite Schichten unseres Landes betreibt. Lasst uns ein Bündnis der Solidarität

zwischen einem handlungsfähigen modernen Staat, leistungsfähigen Kommunen und den Bürgern zu Stande bringen.

Genossinnen und Genossen,

unsere größte Herausforderung bleibt die Arbeitslosigkeit. Dass es anderen Orts nicht besser ist, kann uns nicht ruhen lassen. Ich habe schon mehrfach gefordert, dass wir den Aufbau Ost und die Arbeitslosigkeit klar zum Thema im Bündnis für Arbeit machen müssen. Das Bündnis für Arbeit darf sich nicht auf den Westen beschränken. Der Osten muss viel stärker in den Mittelpunkt rücken!

Der einzige Silberstreif zeichnet sich darin ab, dass wir die Ausbildungsplatzlücke einigermaßen geschlossen haben. 930 Schulabgänger ohne Lehrstelle stehen in diesem Jahr noch über 900 freie Stellen gegenüber. Dazu hat das Programm „Jump“ wesentlich beigetragen. Schwerpunkt Brandenburgs Arbeitsmarktpolitik ist die investiv ausgerichtete Arbeitsförderung. Durch eine systematische Verzahnung der Förderprogramme auf Landesebene und die Umsetzung in den Regionen wird angestrebt, die Förderung investiver Vorhaben durch SAM und Vergabe -ABM zu verknüpfen. Wir haben umzusteuern und setzen verstärkt im Sinne von Regine Hildebrandt auf SAM, ohne die ABM oder unser Programm Arbeit statt Sozialhilfe aufzugeben.

Genossinnen und Genossen,

wir müssen um jeden einzelnen Arbeitsplatz kämpfen. Außer der Entwicklung industrieller Kerne kommt der Förderung innovativer Technologien besondere Bedeutung zu. Kleine und mittlere Unternehmen sowie Existenzgründer sind dabei wichtige Partner. Neben dem chancenreichen Tourismus liegen hier unsere besten Entwicklungschancen! Unsere Aufmerksamkeit gehört im besonderen auch der Standortsicherung für die Braunkohle in Brandenburg. Wir müssen eine Vereinbarung zwischen der Energiewirtschaft und der Bundesregierung zur langfristigen Sicherung der Braunkohleverstromung bei gleichzeitiger Öffnung des Strommarktes erreichen.

Genossinnen und Genossen,

unser Ziel bleibt die Funktionsfähigkeit der ländlichen Räume Brandenburgs als Wirtschafts-, Sozial- und Naturraum dauerhaft zu sichern; Das bedeutet: Weitere Erschließung regionaler Märkte. Sowie wirtschaftliche Vernetzung von ländlichen und urbanen Räumen. Einkommensmöglichkeiten im dorftypischen Handwerk, im Gewerbe, im Dienstleistungssektor sind zu erschließen, Angebote von Urlaub und Freizeit auf dem Lande helfen, Dörfer zu stabilisieren!

Diesem Ziel dienen auch unsere Bemühungen auf der Bundesebene. Wir haben den Abbau der Gasölbeihilfe mindern können und konnten die Verhandlungen über die landwirtschaftlichen Altschulden aufnehmen.

Genossinnen und Genossen,

in den vergangenen Jahren haben wir erfahren können, welche große Bedeutung die Verkehrsinfrastruktur für die Entwicklung des Landes hat.

Wir werden ihr deshalb weiterhin Vorrang geben. Das gilt sowohl für das Schienen - als auch das Straßennetz. Nach dem Scheitern der Transrapidstrecke von Berlin - Hamburg, konnten wir den Ausbau der ICE-Strecke über Wittenberge sichern. Und haben die Prüfung einer möglichen Transrapidstrecke von Berlin-Mitte nach Schönefeld eingeleitet.

Berlin und Brandenburg haben zu dem die Option einer Verlegung nach Dresden angemeldet.

Der Flughafen Berlin-Brandenburg International wird dringend benötigt. Die Chancen für eine Fertigstellung zum Sommerflugplan 2007 stehen gut!

Genossinnen und Genossen,

sozialdemokratische Politik in Brandenburg wird auch künftig für den Schutz der Bürger vor Kriminalität und Gewalt eintreten. Die neuen Minister für Inneres und Justiz können dabei an Vorarbeiten von Alwin Ziel und Hans Otto Bräutigam anknüpfen.

Die Gefängnisbauten gehen voran, eine Novellierung des Polizeigesetzes ist sinnvoll.

Für uns Sozialdemokraten bleibt aber auch klar, dass wir Freiheitsrechte der Bürger nicht vorschnell zur Disposition stellen! Die Argumente für eine Videoüberwachung haben mich nicht überzeugt!

Brandenburg darf auch nicht zum Spielfeld konservativer Experimente a la Kanther werden.

Die verbrecherische Nazitat am jüdischen Friedhof in Guben erinnert uns dramatisch an die zwingende Aufgabe mit allen Mitteln gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit vorzugehen. Da kann es gar nicht genug Bündnisse und Räte geben.

Wichtig ist mir viele gesellschaftliche Kräfte einzubinden und eine Gesamtkoordinierung zu schaffen. Daran arbeitet die Landesregierung in diesen Tagen.

Genossinnen und Genossen,

zu Berlin-Brandenburg: In der letzten gemeinsamen Kabinettsitzung sind wir übereingekommen, dass vor der erneuten Entscheidung über eine Fusion eine deutlich verbesserte Zusammenarbeit beider Länder steht. Denn ohne die Zustimmung der Menschen gibt es kein Land Berlin-Brandenburg! Diese Zustimmung ist nur durch gute Erfahrungen des Einzelnen mit überzeugender Zusammenarbeit beider Länder erreichbar. Die Bildung eines Landes Berlin-Brandenburg braucht das Vertrauen der Bürger und eine breite gesamt gesellschaftliche Initiative.

Liebe Genossinnen und Genossen,

in diesem Jahr wird das neue gemeinsame Deutschland zehn Jahre alt

Ich halte es für unerträglich, dass immer noch bestehende Unterschiede geradezu tabuisiert werden.

Ich werde nicht nachlassen mit meiner Forderung, dass diese Unterschiede insbesondere bei der Anerkennung von Berufswegen und Tarifungleichheiten einer Entscheidung zu geführt werden. Es muss noch nicht am 03. Oktober 2000 gleicher Lohn für gleiche Arbeit gezahlt werden. Aber die Perspektive muss verbindlich sein. Hier ist auch das „Bündnis für Arbeit“ gefordert!

Genossinnen und Genossen,
wir haben heute eine große Chance zum intensiven Gespräch über künftige
sozialdemokratische Politik in Brandenburg. Der September 1999 ist Geschichte.

Das Ansehen der SPD ist in Deutschland deutlich besser geworden.
Hängen wir die Trauerarbeit tiefer! Denn wir haben allen Grund zum Stolz über
sozialdemokratische Leistungen in Brandenburg. Andere thronten auf den
Zuschauerbänken - wir bewegten das Land voran!
Nutzen wir den Tag um Orientierung zu finden.

Damit wir den Menschen sagen können, wie wir mit ihnen in den Umbrüchen diese Ziele
soziale Gerechtigkeit und Solidarität gestalten wollen.

Denn mit uns zieht die neue Zeit.
Glückauf!